Gesetz
über Volkspetitionen
Vom 23. Dezember 1996

§ 1
Anwendungsbereich
Dieses Gesetz regelt die Behandlung von Bitten und Beschwerden, die gemäß Artikel 25c der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg von mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterstützt werden.

§ 2
Unterstützungsberechtigte
Berechtigt zur Unterstützung sind die Einwohnerinnen und Einwohner, die im Zeitpunkt der Unterstützung ihre Hauptwohnung in der Freien und Hansestadt Hamburg begründet haben.

§ 3
Zustandekommen
Eine Volkspetition ist zustandekommen, wenn mindestens 10.000 Unterstützungsberechtigte eine Bitte oder Beschwerde durch schriftliche Eintragung in Listen unterstützen.

§ 4
Form
(1) Die zu unterstützende Bitte oder Beschwerde muß schriftlich abgefaßt sein. Ihr Inhalt muß für die Unterstützenden (Petentinnen und Petenten) hinreichend klar bestimmt sein.

(2) Für die Unterstützung sind besondere Unterschriftenlisten zu verwenden. Sie müssen einen zweifelsfreien Bezug zur unterstützten Bitte oder Beschwerde aufweisen.

(3) Die Unterschriftenlisten müssen jeweils eine fortlaufende Numerierung enthalten, aus der sich die Zahl der Petentinnen und Petenten ermitteln läßt.

(4) In die Listen sind der Name, der Vorname, der Geburtsntag und der Hauptwohnsitz der Petentinnen und Petenten lesbar einzutragen. Die Eintragung ist unter Hinzufügung des Datums eigenhändig zu unterschreiben.

(5) Die Petentinnen und Petenten benennen mindestens eine Vertreterin oder einen Vertreter, die bzw. der gemäß

§ 5
Empfänger


§ 6
Prüfung der Zulässigkeit


(2) Liegt eine Bitte oder Beschwerde vor, veranlaßt die Bürgerschaftskanzlei unverzüglich im Wege der Amtshilfe die Überprüfung der Unterschriftenlisten durch die zuständige Behörde.

(3) Die zuständige Behörde ermittelt die Zahl der gültigen Eintragungen. Ungültig sind Eintragungen von Personen, die nicht gemäß § 2 unterstützungsberechtigt sind. Ungültig sind weiter Eintragungen, bei denen eine der in § 4 Absatz 4 genannten Angaben fehlt, die unleserlich sind oder einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten.


§ 7
Behandlung in der Bürgerschaft

(1) Eine Vertreterin bzw. ein Vertreter der Petentinnen und Petenten hat das Recht, das Anliegen in dem bürgerschaftlichen Ausschuß zu erläutern, an den die Bürgerschaft die Volkspetition überwiesen hat.

(2) Volkspetitionen, die beim Zusammentritt einer neuen Bürgerschaft noch nicht abschließend behandelt worden sind, werden von dem zuständigen Ausschuß weiterbehandelt.


(4) Die Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft regelt das Nähere.

§ 8
Datenschutz

Die Unterschriftenlisten dürfen nur zur Durchführung des Petitionsverfahrens und zur Prüfung des Zustandekommens einer Volkspetition verwendet werden. Sie sind gegen unbefugten Zugriff zu sichern und nach Abschuß des Petitionsverfahrens zu vernichten.

§ 9
Kosten

Eine Erstattung von Kosten für die Durchführung der Volkspetition ist ausgeschlossen.

§ 10
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.


Der Senat
Gesetz
zur Zulassung der Umwandlung der Öffentlichen Bausparkasse Hamburg
in eine Aktiengesellschaft
und zur Änderung des Gesetzes
über die Hamburgische Landesbank — Girozentrale —
Vom 23. Dezember 1996

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1
Gesetz
zur Zulassung der Umwandlung der
Öffentlichen Bausparkasse Hamburg
in eine Aktiengesellschaft

§ 1
Zulassung zur Umwandlung in eine Aktiengesellschaft

(1) Die Umwandlung der Öffentlichen Bausparkasse Hamburg in eine Aktiengesellschaft wird zugelassen.

(2) Die Hamburgische Landesbank — Girozentrale — und die Hamburger Sparkasse gelten als Gründerinnen der Aktiengesellschaft und erhalten jeweils die Hälfte der Aktien.

(3) Die Satzung der Aktiengesellschaft wird durch einen Beschluss der Gründerinnen festgestellt.

§ 2
Haftung

Für die Verbindlichkeiten, die am Tag der Eintragung der Aktiengesellschaft in das Handelsregister (Tag der Umwandlung) bestehen, haften die Hamburgische Landesbank — Girozentrale — und die Hamburger Sparkasse als Gesamtschuldner unbeschränkt, soweit das Vermögen der Öffentlichen Bausparkasse Hamburg zur Befriedigung dieser Verbindlichkeiten nicht ausreicht.

§ 3
Übergangsmandat des Personalrats


Artikel 2
Gesetz
zur Änderung des Gesetzes
über die Hamburgische Landesbank — Girozentrale —


Artikel 3
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Artikel 2 tritt mit dem Tag der Umwandlung in Kraft.


Artikel 4
Bekanntmachung des Tages der Umwandlung

Der Senat macht den Tag der Umwandlung (Artikel 1 § 2 dieses Gesetzes) im Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt.


Der Senat
Gesetz
zur Änderung des Hamburgischen Beamten- und des Hamburgischen Richtergesetzes

Vom 23. Dezember 1996

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

Artikel 1
Siebzehntes Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamten- und des Hamburgischen Richtergesetzes


1. In § 19 Absatz 4 Satz 2 werden die Wörter „die unabhängige Stelle (§ 101)“ durch die Wörter „der Landespersonalausschuß (§ 102)“ ersetzt.

2. In § 26 Absatz 3, § 27 Absatz 1 Satz 2, § 28 Absatz 1 Satz 3 und § 128 Absatz 2 Nummer 1 werden jeweils die Wörter „die unabhängige Stelle (§ 101)“ durch die Wörter „der Landespersonalausschuß (§ 102)“ ersetzt.

3. In § 96e Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „dem Ernennungsausschuß nach Artikel 45 Absatz 2 und“ gestrichen und die Wörter „der unabhängigen Stelle (§ 101)“ durch die Wörter „dem Landespersonalausschuß (§ 102) zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach § 104 Absatz 1 Nummer 1“ ersetzt.

4. § 101 wird gestrichen.

5. § 102 wird wie folgt geändert:
   a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
      „Zur Wahrnehmung der Aufgaben nach § 104 wird ein an Weisungen nicht gebundener Landespersonalausschuß gebildet.“
   b) In Absatz 2 wird jeweils das Wort „fünf“ durch das Wort „acht“ ersetzt.
   c) Absatz 3 erhält folgende Fassung:
      „(1) Ständige Mitglieder sind der Staatsrat als Vorsitzender sowie der ranghöchste leitende Beamte der für das Personalwesen zuständigen Behörde. Diese werden im Verhinderungsfall durch die gesetzlich oder durch Geschäftsordnung allgemein bestimmten Vertreter vertreten. Die sechs weiteren ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter werden vom Senat auf die Dauer von drei Jahren berufen; von diesen jeweils vier auf Vorschlag der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften. Die vom Senat berufenen ordentlichen und stellvertretenden Mitglieder müssen Beamte im Sinne des § 1 Absatz 1 sein.“
   d) Absatz 4 wird gestrichen.

6. § 103 Absatz 1 erhält folgende Fassung:

7. § 104 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
   a) Es wird folgende neue Nummer 1 eingefügt:
      „1. die in § 19 Absatz 4 Satz 2, § 26 Absatz 3, § 27 Absatz 1, § 28 Absatz 1 und § 128 Absatz 2 Nummer 1 vorgesehenen Entscheidungen zu treffen.“
   b) Die bisherigen Nummern 1 bis 6 werden Nummern 2 bis 7.

8. § 105 wird wie folgt geändert:
   a) Es wird folgender neuer Absatz 1 eingefügt:
      „(1) Der Landespersonalausschuß faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Zur Gültigkeit der Beschlussfassung bedarf es der Anwesenheit von mindestens sechs Mitgliedern. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.“
   b) Der bisherige einzige Absatz wird Absatz 2.


Artikel 2
Zweites Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Richtergesetzes


§ 11 erhält folgende Fassung:

„§ 11
Landespersonalausschuß in Angelegenheiten der Richter

Im Landespersonalausschuß nach § 102 des Hamburgischen Beamten- und des Hamburgischen Richtergesetzes in der jeweils geltenden Fassung treten in Angelegenheiten der Richter an die Stelle der vier von den Spitzenorganisationen der Gewerkschaften vorzuschlagenden Mitglieder und ihre Stellvertreter vier Richter und ihre Stellvertreter, die von den Vorsitzenden aller Richterräte benannt werden. Die übrigen Mitglieder und ihre Stellvertreter können ebenfalls Richter sein.“
Artikel 3
Übergangs- und Schlußbestimmungen

Einziger Paragraph

(1) Die Mitgliedschaft der Mitglieder der unabhängigen Stelle nach § 10 in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung endet mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes.


(3) Absätze 1 und 2 finden in Angelegenheiten der Richter entsprechende Anwendung.


Der Senat
Fünftes Gesetz
zur Änderung des Privatschulgesetzes der Freien und Hansestadt Hamburg

Vom 23. Dezember 1996

Der Senat verkündet das nachstehende von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

1. In § 21 Absatz 6 wird hinter Satz 3 folgender Satz eingefügt:
   „Bleiben die Zahlungen eines Bundeslandes hinter der von der Freien und Hansestadt Hamburg für Schüler dieses Landes aufzuwendenden Finanzhilfe nicht unerheblich zurück, so ist der auf den einzelnen Schüler der Ersatzschule aus diesem Land entfallende Schülerkostensatz um den Vom-Hundert-Satz zu kürzen, um den die von diesem Land geleisteten Ausgleichszahlungen hinter dem Gesamtbetrag der für Schüler dieses Landes aufzuwendenden Finanzhilfe zurückbleiben."

2. In § 23 wird folgender Satz angefügt:
   „§ 21 Absatz 6 Sätze 3 und 4 sind mit der Maßgabe anzuwenden, daß anstelle des Schülerkostensatzes der auf einen Schüler der Sonderschule entfallende Anteil an der Finanzhilfe tritt."

§ 2


Der Senat